

Bündnis für seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Nürnberg

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.06.2016

Aufgrund eines Antrages der SPD-Stadtratsfraktion (siehe Beilage) wurde von der Psychiatriekoordinatorin bei Gh ein erstes Treffen im Januar 2017 organisiert, an dem folgende Akteure teilnahmen: Herr Prof. Dr. Braun-Scharm (stellvertretender Leiter der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) bei Kh)), Herr Dr. Nonell (Chefarzt KJP), Herr Schmidt (stellvertr. Leiter Jugendamt Stadt Nürnberg), Frau Dr. Günther (stellvertr. Leitung Gesundheitsamt Stadt Nürnberg), Frau Wojciechowski (niedergelassene Kinder- und Jugend - Psychotherapeutin), Frau Dr. Liebler Schmidt (Kinder- und Jugendpsychiaterin im Gesundheitsamt der Stadt Nürnberg) und Dagmar Brüggem (Psychiatriekoordinatorin der Stadt Nürnberg).

Dem Treffen gingen mehrere Einzelgespräche mit verschiedenen Akteuren voraus (Gesundheitsamt, KJP, Jugendamt, Polizei, die antragstellenden Stadträtinnen).

Die Federführung übernahm die KJP in Person ihres stellv. Leiters, Prof. Dr. Braun-Scharm (Organisation der Treffen, Moderation und Protokollführung).

Als langfristige Ziele wurden benannt: Bedarfe in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Problemen eruieren und nach Lösungsmöglichkeiten suchen, Kooperationen/Vernetzung verbessern und Öffentlichkeits-/Antistigmaarbeit.

Als Arbeitsform der Treffen wurde zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit eine Steuerungsgruppe gewählt und die Hinzuziehung von FachexpertInnen zum jeweiligen Thema vereinbart.

Zur Kerngruppe gehören: Die KJP, vertreten durch Herrn Prof. Dr. Braun-Scharm; das Gesundheitsamt, vertreten durch die stellv. Amtsleitung Frau Dr. Günther, die Kinder- und Jugendpsychiaterin Frau Dr. Liebler-Schmidt und Frau Brüggem als Psychiatriekoordinatorin. ; das Jugendamt, vertreten durch die stellv. Amtsleitung, Herrn Schmidt; Polizeipräsidium Mittelfranken, Abteilung Jugendkriminalität und Prävention, vertreten durch Herrn Hauptkommissar Gloss, der Arbeitskreis Kinder psychisch kranker Eltern, vertreten durch dessen Sprecher Herrn Werkshage. Das staatliche Schulamt stieß in der vierten Sitzung beim Thema Schulabsentismus hinzu.

Fördermöglichkeiten konnten bislang noch nicht intensiv geprüft werden, dies wird Bestandteil der Gespräche 2018 sein.

Anhand der Frage nach bestehendem Handlungsbedarf entstand eine erste Sammlung von Punkten für eine mögliche Agenda des Bündnisses

- Dauereinrichtung eines wechselseitigen Austausches und Entwicklung von Projekten, die sich aus Versorgungslücken ergeben
- Mehr Betten für den geschlossenen Bereich der KJP
- Das Wissen voneinander bei den verschiedenen Hilfeanbietern verbessern (bei Vernetzungstreffen/großen runden Tischen die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte und die Problempunkte vorstellen)
- Die vorhandenen Angebote stärker in der Öffentlichkeit bekannt machen (Kampagne)
- Den Präventionsgedanken weiter herausstellen, und laufende Präventionsprojekte miteinander abstimmen
- Aufklärung zu seelischen Erkrankungen bei Lehrern
- Monitoring über Entwicklungen in Nürnberg in Bezug auf das Aufwachsen von Kindern, Projekte in Kitas
- Bessere Möglichkeiten für (stationäre) Diagnostik und Planung nächster Schritte mit dem Ziel, Prozesse zu beschleunigen
- Einrichtung einer „Clearingstelle“, die telefonisch zu erreichen ist. Dort sollten Angehörige, Betroffene und Fachleute erfahren können, wohin man sich mit welchem Problem wenden kann.
- sowie einer Clearingstelle mit geschlossenen Plätzen für Jugendliche mit massiven antisozialen und delinquenten Verhaltensweisen

2017 fanden insgesamt vier Treffen statt. Dabei wurden folgende Themen angerissen:

- Jugendliche, die Drogen konsumieren und aus allen Hilfesystemen fallen, die sogenannten "Systemsprenger" mit massiven antisozialen und delinquenten Verhaltensweisen, die eine geschlossene Unterbringung benötigen, aber in der Psychiatrie nicht richtig aufgehoben sind. Es handelt sich um wenige, aber sehr problematische Fälle. Wünschenswert wäre eine Clearingstelle für Mittelfranken, die geschlossene Wohnplätze vorhält. Inzwischen ist die Erarbeitung der Konzeption sehr konkret und fortgeschritten. Dazu gibt es eine Arbeitsgruppe mit den Rummelsberger Diensten, der KJP, Polizei, Heimaufsicht und dem Bayer. Landesjugendamt. Derzeit läuft die Konkretisierung der Konzeption und die Suche nach einer geeigneten Immobilie.
- der Jugendhilfetag 2018 wird unter dem Motto „seelische Gesundheit“ stehen
- geistig behinderte und psychisch kranke Kinder und Jugendliche: Sachstandsbericht durch die Heimaufsicht der Regierung von Mittelfranken. Ergebnis: es fehlen Plätze für kurzfristige Inobhutnahme und für dauerhafte Betreuung von

Kindern und Jugendlichen, die zugleich stark geistig behindert und extrem psychisch auffällig sind. Die wenigen Einrichtungen, die dieses Klientel aufnimmt, sind voll belegt. Aus dem Bündnis soll ein Anschreiben an den Bezirk Mfr. gerichtet werden, mit dem auf den Missstand hingewiesen wird und gemeinsame Lösungen angeregt werden.

- Schulabsentismus: Im Rahmen der Kooperation Polizei, Jugendhilfe und Schule (PJS)

wurde ein neu entwickeltes Ablaufschema für ein koordiniertes Vorgehen vorgestellt, das auch im Internet verfügbar ist (https://www.nuernberg.de/imperia/md/jugendamt/dokumente/projekte/pjs_handreichung_schulvermeidung.pdf) .

In der KJP arbeiten sich gerade drei Sozialpädagoginnen ein, die ausschließlich Sozialarbeit machen werden. Eine noch engere Zusammenarbeit im Einzelfall wurde verabredet.

Weitere Themen, die künftig besprochen werden sollen:

- Schnittstellen psychisch kranke Jugendliche/Vorgehen bei Fremd-und Eigengefährdung (es sollen neben dem Stammteam Vertreter von Polizei, KJP, ASD, Familiengericht, Gh teilnehmen)
- Angebote für Jugendliche/junge Menschen mit Doppeldiagnosen; Teilnehmerinnen seitens Gh neben dem "Stammteam" Herr Marx, Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes (weitere Teilnehmer: u.a. Koordinatorin AK Doppeldiagnosen, Fr. Kaubisch/Lilith)
- Digitalisierung und die Folgen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen
- Entstigmatisierung

Ein nächstes Treffen ist für Januar 2018 vereinbart